SVP UDC
www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern,
September, Nr. 3-2021

#bernstark

AZB 3000 Bern 25 – Post CH AG

Mehr SVP statt irrationale Energieversprechen

Ohne Energie gäbe es keine Klimadiskussion. Ohne Energie gäbe es aber auch unsere moderne Zivilisation und ihre Errungenschaften nicht. Unsere Infrastruktur und unsere Lebensweise benötigen Energie. 80% der Energie der globalisierten Wirtschaft sind fossil. Wer einen Verzicht auf fossile Energie, der fordert also einen Verzicht auf 80% dessen, was unsere Welt ausmacht. Wer also, wie viele Befürworter des Klimaartikels, erzählt, dass die Erneuerbaren innert 30 Jahren diese 80% ersetzen werden, ist entweder ignorant oder lügt bewusst.

Es braucht mehr SVP!

Les objectifs politiques de l'UDC doivent avoir plus de poids au Grand Conseil et au Conseil-exécutif. Pour cela, les deux sont importants : la majorité bourgeoise au gouvernement et un élargissement de notre fraction au Grand Conseil. Wie erreichen wir das? Durch viel Arbeit in den Wahlkreisen und mit klaren Botschaften!

Die SVP Kanton Bern steht für *tiefe Steuern und Abgaben* und für eine Finanzpolitik ohne Buebetrickli. Wenn man aber die Motorfahrzeugsteuer erhöht und die Steuern um 40 Millionen senkt, dann zahlt die weniger gut betuchte Landbevölkerung mehr und die reichen Städter werden entlastet. Das ist ungerecht – das Referendum läuft!

Die SVP Kanton Bern steht für *Vernunft in der Klimapolitik*. Unsere Investitionen müssen in Anpassungen an die schädlichen Folgen der Klimaveränderung fliessen, denn weder China noch die USA senken CO_2. In einem zweiten Schritt müssen wir auf weniger Öl und Gas umstellen, aber langfristig und nicht überhastet mit höheren Preisen.

Die SVP Kanton Bern steht für die *direkte Demokratie*. Was das Volk beschliesst, muss auch umgesetzt werden. Aber das Volk muss auch die Gelegenheit haben, Entscheide zu korrigieren, die sich im Nachhinein als nachteilig erweisen, etwa die Raumplanungspolitik, in welcher die Gemeinden und Regionen wenig bis nichts mehr zu sagen haben. Konzentration in Städten ist heute «in», gerade Corona hat aber gezeigt, dass dies auch Nachteile hat. Landregionen müssen also auch Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

Die SVP hat also viel zu tun! Mit einer gut aufgestellten Partei, einer motivierten Wahlleitung und aktiven Sektionen können wir die Wahlen gewinnen und unsere Position wieder stärken!

Manfred Bühler

STAND

Gebüsst, nicht vorbestraft

Es ist ein kleiner, aber wichtiger Unterschied: Im Gegensatz zu all dem, was einem politische Gegner in den Social Media zuweilen so an den Hals wünschen, werde ich weder eingekerkert noch werde ich vorbestraft sein. Für die inzwischen legendäre Delegiertenversammlung in Belp mit Präsidentenwahl und Verabschiedung des langjährigen Präsidenten Werner Salzmann gab es eine einfache Busse von 700 Franken ohne Strafregistereintrag, zuzüglich Verfahrenskosten von 300 Franken. Allerdings ein stolzer Preis für die paar Zeilen Strafbefehl.

Den billigen Schlötterlig der politischen Gegner steht eine grosse Solidaritätsbekundung innerhalb der SVP gegenüber. Die SVP steht zusammen, jetzt in diesen Zeiten, und hoffentlich auch bei den Wahlen nächsten Frühling. Several teams – one spirit! Für üses Bärnbiet!

Aliki Panayides

Nein zum sinnlosen Energieartikel!
Non à l'article insensé sur l'énergie !

2+3

Nein zur Ehe für alle und zur 99%-Initiative!
Non au mariage pour tous et à l'initiative 99% !

4+5

Bitte Unterschriftenbogen unterzeichnen!
Veuillez signer la feuille de signature !

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Klimaschutz-Artikel)

Klimaschutz-Artikel: nutzlos fürs Klima, aber mit unabschätzbaren Folgen für Bernerinnen und Berner!

Eine intakte Umwelt bringt Lebensqualität und Wohlbefinden. Daher ist es im ureigensten Interesse eines jeden, der Umwelt Sorge zu tragen. Aber es sind handfeste Lösungsansätze mit konkreten Massnahmen gefragt und keine Symbolpolitik. Dies geschieht am besten, indem man eigenverantwortlich handelt und die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung praxisnah umsetzt. Linker Verbotswahn und fundamentalistischer Staats- und Erziehungszwang sind hingegen schlechte Ratgeber.

Klima-Artikel im Wortlaut
Art. 31a (neu) *Klimaschutz*

1 Kanton und Gemeinden setzen sich aktiv für die Begrenzung der Klimaveränderung und deren nachteiliger Auswirkungen ein. **➔ Zwang zu immer mehr Massnahmen, welche nicht gratis zu haben sind.**

2 Sie leisten im Rahmen ihrer Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 und stärken die Fähigkeit zur Anpassung an die nachteiligen Auswirkungen der Klimaveränderung. **➔ Heizölverbot, Solarstrompflicht etc.**

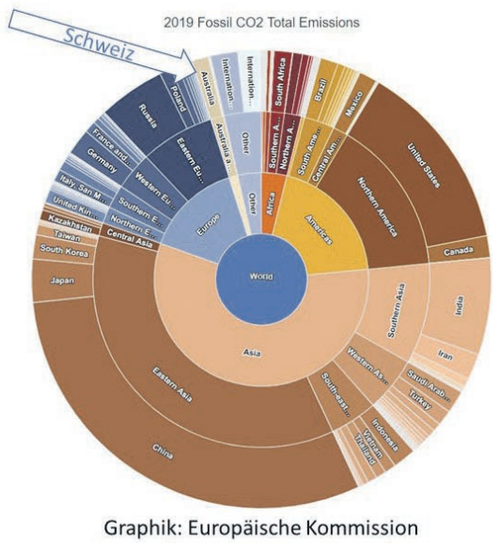
3 Die Massnahmen zum Klimaschutz sind insgesamt auf eine Stärkung der Volkswirtschaft auszurichten sowie umwelt- und sozialverträglich auszugestalten. Sie beinhalten namentlich Instrumente der Innovations- und Technologieförderung.

4 Kanton und Gemeinden richten die öffentlichen Finanzflüsse insgesamt auf eine klimaneutrale und gegenüber der Klimaveränderung widerstandsfähige Entwicklung aus. **➔ Zwang zu vollständigem Umbau der Finanzströme! z.B. öffentliche Pensionskassen oder Gemeindeunternehmen.**

Die Schweiz hat einen Anteil am globalen fossilen CO_2-Ausstoss von lediglich 0,1%. Die Relevanz kantonaler Massnahmen hält sich also in engen Grenzen. Vorliegend geht es nicht um konkrete Massnahmen, sondern um die Frage, ob es im Kanton Bern für den Klimaschutz eine neue Verfassungsbestimmung braucht. Welche Massnahmen und Instrumente könnten aufgrund des neuen Art. 31a eingeleitet werden, die mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen nicht vereinbar sind? Gemäss einem Gutachten ist der Klimaschutz bereits in der geltenden Kantonsverfassung in Art. 31 vollumfänglich enthalten, eine Verfassungsergänzung ist somit überflüssig.

NEIN zum Klimaschutz-Artikel…

- weil der bestehende Umweltschutzartikel schon alles abdeckt.
- weil die Verfassungsänderung zum Fass ohne Boden werden kann, wenn von Gemeinden, Kanton und damit Steuerzahlenden immer neue Zahlungen gefordert werden. Die Ressourcen sollten in konkrete Massnahmen investiert werden.
- weil Know-how und innovative Projekte sich auch so durchsetzen.
- weil der Kanton Bern auf das globale Klima so viel Einfluss hat wie das Lämpchen-Löschen am Rednerpult auf die Gebäudetemperatur im Rathaus.
- weil ein Alleingang eines einzelnen Kantons ohne international verbindliche Beschlüsse entschieden abzulehnen ist.
- weil schon heute Massnahmen gegen die Folgen des Klimawandels getroffen werden können (Entlastungsstollen, Schutzwälle gegen Murgänge, etc.).



Graphik: Europäische Kommission
https://edgar.jrc.ec.europa.eu/

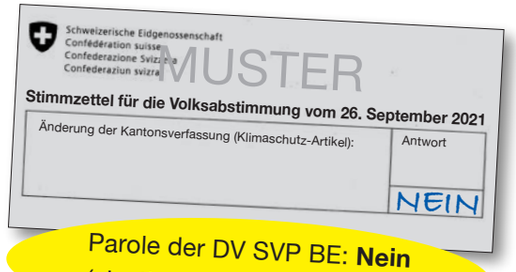
Bitte Referendum unterschreiben!!!

Bitte unterschreiben Sie den beigelegten Unterschriftenbogen und senden Sie ihn sofort zurück – die Frist läuft am 7. Oktober ab!

Die Motorfahrzeugsteuer soll erhöht werden, obwohl das Stimmvolk dazu schon zweimal Nein gesagt hat. Das dürfen wir uns nicht bieten lassen! 40 Mio. Franken würde die Steuererhöhung in die Kassen spülen. Mit bis zu mehreren hundert Franken tiefer ins Portemonnaie greifen muss, wer auf schwerere und stärkere Fahrzeuge angewiesen ist. Dafür soll es Steuererleichterungen von ein paar wenigen Franken pro Person geben.

Danke für Ihre Unterstützung!

– weil «Klima-Turbos» (Politiker) sich kaum mit dem Verfassungsartikel zufriedengeben werden, sondern gestützt darauf weiterer Aktivismus ausgelöst würde.
– weil es demokratiepolitisch fragwürdig ist, die Stimmberechtigten für eine Verfassungsrevision an die Urne zu rufen, die keine rechtliche Relevanz hat. Das Volk wird damit zum Narren gehalten.



Parole der DV SVP BE: **Nein**
(einstimmig, 0 Enthaltungen)

Bernische Wirtschaft befürwortet diesen neuen Klimaschutz-Artikel nicht!
Der Regierungsrat wollte keinen Klimaartikel. Der Umweltschutz sei bereits in der KV formuliert und decke implizit auch die Klimathematik ab. Für die Regierung ist der Klimaschutz richtigerweise ein Teilaspekt des Umweltschutzes. Der zusätzliche Artikel war für die Regierung eine Konkretisierung des Verfassungsartikels 31 und und somit auf Verfassungsstufe nicht richtig angesiedelt. **Die ablehnende Haltung der Regierung wird im Abstimmungsbüchlein jedoch mit keinem Wort erwähnt.**

Der Grosse Rat befürwortet den Artikel mit 98 zu 44 Stimmen, die SVP-Fraktion hat ihn bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Weiter dagegen gestimmt hat einzig noch die EDU. Die FDP hat bei 5 Enthaltungen zugestimmt, die Mitte (BDP) befürwortet zusammen mit Links-Grün den Klimaschutzartikel einstimmig, obwohl die bernische Wirtschaft ihn ablehnt.

Es braucht keinen bernischen Sonderartikel in der Verfassung, und deshalb braucht es ein Nein.

Alfred Bärtschi,
Grossrat,
Lützelflüh

Non à la modification de la Constitution cantonale (article sur la protection du climat)

L'article de protection du climat de Berne : inutile pour le climat, mais avec des conséquences incalculables pour les citoyens bernois !

Un environnement intact apporte qualité de vie et bien-être. Il est donc dans l'intérêt de tous de prendre soin de l'environnement. Mais il faut des solutions tangibles avec des mesures concrètes, et non des politiques symboliques. Le prohibitionnisme de gauche et la coercition fondamentaliste de l'État sont de mauvais conseils.

Le texte de l'article sur le climat
Art. 31a (nouveau) *Protection du climat*

1 Le canton et les communes s'engagent activement à circonscrire le changement climatique et ses effets néfastes. ***➔ la contrainte de prendre de plus en plus de mesures, qui ne peuvent être obtenues gratuitement.***

2 Ils font le nécessaire dans le cadre de leurs attributions pour atteindre la neutralité climatique d'ici à 2050 et renforcent la capacité d'adaptation aux effets néfastes du changement climatique. ***➔ interdiction du fioul domestique, énergie solaire obligatoire, etc.***

3 Les mesures de protection du climat visent dans l'ensemble un renforcement de l'économie et doivent être acceptables tant sous l'angle social que sous celui de l'environnement. Elles prévoient notamment des instruments de promotion de l'innovation et de la technologie.

4 Le canton et les communes orientent dans l'ensemble les flux financiers publics vers un déve-loppement neutre du point de vue climatique et résilient au changement climatique. ***➔ obligation de restructurer complètement les flux financiers des communes et du canton !***

La part de la Suisse dans les émissions mondiales de CO_2 d'origine fossile n'est que de 0,1%. La pertinence des mesures cantonales est donc très limitée. Une nouvelle disposition constitutionnelle est-elle nécessaire dans le canton de Berne pour la protection du climat ? Quelles mesures et quels instruments pourraient être introduits sur la base du nouvel art. 31a qui ne sont pas compatibles avec la base légale actuelle ? Selon un avis d'expert, la protection du climat est déjà entièrement incluse dans la constitution cantonale actuelle à l'art. 31, de sorte qu'une modification de la constitution est superflue.

NON à l'article sur la protection du climat…

– *parce que l'article existant sur la protection de l'environnement dans la constitution cantonale couvre déjà tout.*
– *car la modification de la Constitution pourrait devenir un puits sans fond si les communes, le canton et donc les contribuables sont appelés à effectuer de plus en plus de paiements. Les ressources seraient mieux investies dans des mesures concrètes.*
– *parce que le savoir-faire et les projets innovants s'affirment de toute façon.*
– *parce qu'un effort solitaire de la Suisse ou même d'un seul canton sans résolution contraignante au niveau international de la part de tous les États doit être rejeté de manière décisive.*
– *parce que des mesures contre les conséquences du changement climatique peuvent déjà être prises aujourd'hui.*
– *parce que les « turbos du climat » (les politiciens) ne se contenteront guère de l'article constitutionnel, mais qu'un nouvel activisme serait déclenché sur la base de celui-ci.*
– *car il est discutable en termes de politique démocratique d'appeler les électeurs aux urnes pour une révision constitutionnelle qui n'a aucune pertinence juridique.*

L'économie bernoise ne soutient pas ce nouvel article !
Le Conseil-exécutif n'a pas voulu d'un article sur le climat dans la constitution cantonale. La protection de l'environnement est déjà formulée dans la constitution et couvre implicitement les questions climatiques. Pour le gouvernement, l'article additionnel était une concrétisation de l'article 31 de la Constitution et n'était donc pas correctement placé au niveau constitutionnel. La position négative du gouvernement n'est pas du tout mentionnée dans le bulletin de vote.

Il n'y a pas besoin d'un article spécial bernois dans la constitution, et donc un Non est nécessaire.

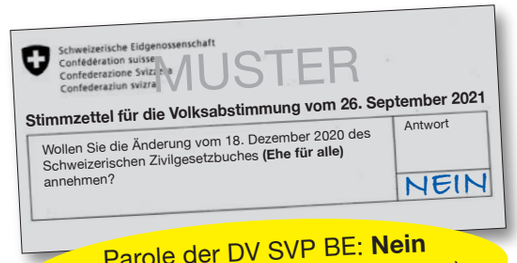
Ehe für alle = Kinder für alle

Eigentlich geht es nicht um die Ehe für homosexuelle Paare – die 2007 eingeführte «eingetragene Partnerschaft» regelt ihr Zusammenleben bereits! Jedem ist hier freigestellt, mit wem er sein Leben teilen will, und das ist auch gut so.

Wirklicher Inhalt
Tatsächlich geht es um das **Recht auf Kinder,** obwohl dies von Natur aus bei homosexuellen Paaren unmöglich ist. Der Titel müsste **«Kinder für alle»** lauten.
Für homosexuelle Paare soll neu die Volladoption, für lesbische Frauen die Samenspende erlaubt sein (die Stiefkind-Adoption ist bereits heute möglich). Der nächste Schritt, Eizellspende und Leihmutterschaft, wird bereits vorbereitet.

Recht des Kindes
Es geht um die Kinder – die schwächsten Glieder der Gesellschaft – die zum Spielball oft egoistischer Erwachsener würden. Man spricht nur von der Gleichberechtigung homosexueller Paare, aber nie vom Recht der Kinder auf Mutter **und** Vater.

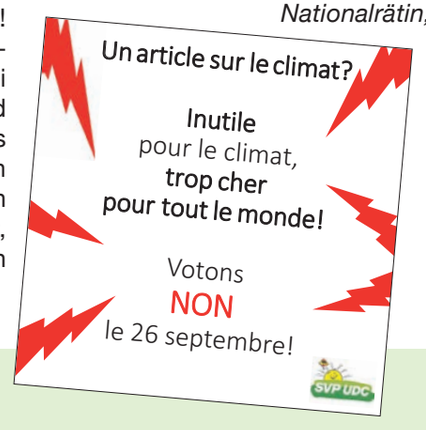
Adoption und Samenspende
In der Schweiz gibt es pro Jahr nur knapp 15 Babys, die zur Adoption freigegeben werden. Viele Kinder werden aus dem Ausland adoptiert, was Kinderhandel bedeutet. Bereits leisten wir Wiedergutmachungen, da wir in den 80ern Babys aus Sri Lanka «importiert» haben, die nun ihre Identität suchen. Es würden so noch mehr Probleme geschaffen, wenn die Adoption auf homosexuelle Paare ausgeweitet würde.
Bis jetzt ist Samenspende nur in Ausnahmefällen erlaubt, z.B. bei Unfruchtbarkeit. Neu würde sie zur Regel. Für die Identitätsfindung ist es zentral, Vorbilder beider Geschlechter, also Vater und Mutter, zu haben! Betroffene Kinder sollten endlich Gehör finden, fast alle äussern sich ähnlich. Ein bei lesbischen Frauen aufgewachsenes Kind sagt es so: «Die Abwesenheit meines Vaters verursachte ein grosses Loch in mir, und ich sehnte mich jeden Tag nach einem Vater. Ich habe die Partnerin meiner Mutter geliebt, aber eine zweite Mutter kann den Vater, den ich verloren habe, niemals ersetzen!»


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
MUSTER
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 26. September 2021
Wollen Sie die Änderung vom 18. Dezember 2020 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches **(Ehe für alle)** annehmen?
Antwort
NEIN

Parole der DV SVP BE: **Nein**
(32 Ja, 152 Nein, 14 Enthaltungen)

Fazit
Niemand hat ein Recht auf Kinder, aber die Kinder haben ein Recht auf Mutter **und** Vater. Dieses Recht würde ihnen genommen! Das Gesetz schafft viele neue Probleme und Ungleichbehandlungen. Stimmen Sie also **NEIN** zu **«Kinder für alle»!**

Andrea Geissbühler,
Nationalrätin, Bäriswil



Mariage pour tous = enfants pour tous

En fait, il ne s'agit pas de mariage pour les couples homosexuels - le « partenariat enregistré » régit déjà leur vie commune ! Chacun est libre de choisir avec qui il veut partager sa vie, et c'est une bonne chose.

Contenu réel
En fait, il s'agit du droit d'avoir des enfants, bien que cela soit intrinsèquement impossible pour les couples homosexuels. Le titre devrait être « Des enfants pour tous ». L'adoption plénière devrait désormais être autorisée pour les couples homosexuels, et le don de sperme pour les femmes lesbiennes (l'adoption d'enfants par alliance est déjà possible aujourd'hui).

Le droit de l'enfant
Il s'agit d'enfants qui deviendraient le jouet d'adultes souvent égoïstes. On ne parle que de l'égalité des droits pour les couples homosexuels, mais pas du droit des enfants à avoir mère et père.

Adoption et don de sperme
En Suisse, il n'y a qu'environ 15 bébés par an qui sont donnés en adoption. De nombreux enfants sont adoptés à l'étranger, des bébés issus de la traite des enfants. Nous sommes déjà en train de nous racheter pour avoir « importé » des bébés du Sri Lanka dans les années 1980, qui cherchent maintenant leur identité. D'autres problèmes seraient créés si l'adoption était étendue aux couples homosexuels.

Jusqu'à présent, le don de sperme n'était autorisé que dans des cas exceptionnels, p.ex. en cas d'infertilité. Elle deviendrait désormais la règle. Il est crucial pour la formation de l'identité d'avoir des modèles des deux sexes, c'est-à-dire le père et la mère ! Les enfants concernés devraient enfin être entendus, ils s'expriment presque tous de la même manière. Un enfant qui a grandi avec un couple lesbien s'exprime ainsi : « L'absence de mon père a provoqué un grand vide en moi, et j'avais envie d'un père tous les jours. J'ai aimé le partenaire de ma mère, mais une seconde mère ne pourra jamais remplacer le père que j'ai perdu ! »

Conclusion
Personne n'a le droit d'avoir des enfants, mais les enfants ont le droit d'avoir une mère et un père. Ce projet de loi leur enlèverait ce droit ! Le projet de loi crée de nombreux nouveaux problèmes. Alors,- ***votez NON aux « Enfants pour tous » !***

Nein zur 99%-Initiative

Nein zur unklaren, willkürlichen JUSO-Initiative

Die Initiative ist unklar und willkürlich formuliert: Ab welchem Betrag sollen die 150% gelten, und weshalb sollte ich, wenn ich 1.– verdiene, plötzlich 1.50 versteuern? Die Initianten sprechen bewusst von der 99%-Initiative und suggerieren, dass nur 1% der Bevölkerung zugunsten der anderen 99% mehr belastet wird. Zum Kapitaleinkommen wird aber wohl auch Einkommen aus Liegenschaftserträgen gezählt, etwa Mieteinnahmen. Also ist nicht nur 1% betroffen!

Die Initiative will konkret Folgendes:

1. Kapitaleinkommensanteile über einen gewissen Betrag sind zu 150% steuerbar.
2. Der Mehrertrag ist für Steuererleichterungen bei Personen mit tiefen oder mittleren Einkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der Wohlfahrt einzusetzen.

Das Anliegen der Initianten, dass der reichere Teil der Bevölkerung überproportional zu den öffentlichen Leistungen beiträgt, ist längst erfüllt: Das einkommensstärkste Prozent zahlt 40% der direkten Bundessteuern!

Gründe für ein klares Nein

- Die Initiative ist ungerecht, sie will Kapitaleinkommen höher besteuern als Arbeitseinkommen. Auch Kapitaleinkommen muss erarbeitet werden, indem man Einkommen erzielt und dieses spart.
- Der Anreiz, zu sparen und so Kapital aufzubauen, würde reduziert.
- Die Initiative schwächt die Standortattraktivität der Schweiz. Im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung auf Kapital bereits heute recht hoch.

Im Parlament wurde die Initiative deutlich abgelehnt. Ich empfehle ein klares Nein zu dieser schädlichen Initiative.

Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf

Non à l'initiative de 99%

L'initiative est peu claire et formulée de manière arbitraire : À partir de quel montant les 150 % doivent-ils s'appliquer, et pourquoi, si je gagne 1,-, devrais-je soudainement payer des impôts sur 1,50 ? Les initiateurs parlent délibérément de l'initiative des 99% et suggèrent que seul 1% de la population sera taxé davantage au profit des 99% restants. Toutefois, les revenus tirés de biens immobiliers, tels que les revenus locatifs, sont également considérés comme des revenus du capital. Ce n'est donc pas seulement 1% qui est touché !

L'initiative souhaite ce qui suit :

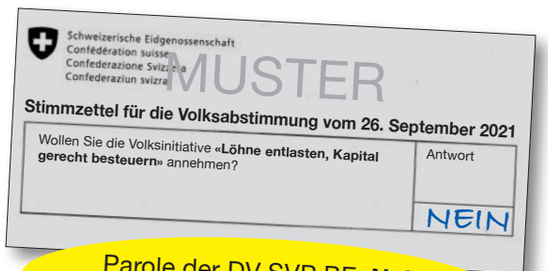
1. *Imposition à 150% des parts de revenus du capital au-delà d'un certain montant.*
2. *L'excédent doit être utilisé pour des allégements fiscaux en faveur des personnes à revenus faibles/moyens ou pour des transferts en faveur de l'aide sociale.*

La préoccupation des initiateurs, qui souhaitaient que la partie la plus riche de la population contribue de manière disproportionnée aux services publics, est déjà satisfaite : Le pourcentage des revenus les plus élevés paie 40 % des impôts fédéraux directs !

Les raisons d'un non clair

- *L'initiative est injuste car elle veut imposer plus lourdement les revenus du capital que ceux du travail.*
- *L'incitation à épargner et donc à constituer un capital serait réduite. Cependant, le capital est nécessaire pour que les entreprises puissent réaliser de nouveaux investissements. Le capital crée donc des emplois.*
- *L'initiative affaiblit l'attrait de la Suisse en tant que site économique.*

L'initiative a été clairement rejetée par le Parlement. Je recommande un « non » clair à cette initiative néfaste.


Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra
MUSTER
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 26. September 2021
Wollen Sie die Volksinitiative «**Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern**» annehmen?
Antwort
NEIN

Parole der DV SVP BE: **Nein** (einstimmig, 0 Enthaltungen)

Personelle Änderungen in der Grossratsfraktion

Gleich vier neue Fraktionsmitglieder werden in der Herbstsession vereidigt. **Franziska Fuss-Oehrli** ist Gemeindepräsidentin von Teuffenthal, Bäuerin und Primarlehrerin. Der ausgebildete Sekundar- und Berufsfachschullehrer **Roman Gimmel** ist zurzeit Gemeinderat von Thun und wird im Januar seine neue Stelle als Verwaltungsdirektor von Saanen antreten. **Aliki Panayides**, promovierte Historikerin und Geschäftsführerin der SVP Kanton Bern, ist Vizegemeindepräsidentin von Ostermundigen. **Katja Riem** aus Kiesen schliesslich ist Winzerin, Landwirtin und angehende Agronomin.

Die SVP-Grossratsfraktion heisst ihre neuen Mitglieder herzlich willkommen.

Franziska Fuss-Oehrli

Roman Gimmel

Aliki Panayides

Katja Riem

Gleichzeitig muss sich die Fraktion von vier verdienten Grossrätinnen und Grossräten verabschieden, die zurückgetreten sind. **Sabina Geissbühler-Strupler**, Herrenschwanden, engagierte sich mit Herzblut eigentlich für alle Bereiche, besonders aber in der Bildungspolitik sowie für Sicherheits- und Drogenfragen. **Moritz Müller**, Bowil, war es gewohnt, genau hinzuschauen und Hintergründe zu analysieren, zuerst in der GPK und danach in der Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen. Der Steffisburger **Jürg Marti** setzte sich besonders in der Gesundheits- und Sozialpolitik ein. In diesem Bereich wirkte mit seinem Fachwissen auch der Thuner **Carlo Schlatter**.

Die SVP-Grossratsfraktion dankt den Zurückgetretenen von Herzen für ihr Engagement.

Sabina Geissbühler-Strupler

Moritz Müller

Jürg Marti

Carlo Schlatter

Stabsübergabe beim Bären-Club der SVP Kt. Bern

Nach gut fünf Jahren gab Andrea Gschwend-Pieren das Präsidium des Gönnervereins der SVP Kanton Bern weiter an Thomas Fuchs. Der Bären-Club unterstützt konkrete Projekte der SVP Kanton Bern und ihrer Unterverbände und Sektionen. So leistete er etwa namhafte Beiträge an die Wahlkämpfe der letzten Jahre.

Die SVP Kanton Bern dankt Andrea Gschwend für ihren grossen Einsatz und wünscht Thomas Fuchs viel Erfolg.

Sie möchten Mitglied des Bären-Clubs werden? Erfahren Sie näheres unter www.svp-bern.ch/kontakt/goenner-werden

Impressum

«SVP #bernstark», Publikationsorgan für die Mitglieder der SVP Kanton Bern

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Verlag, Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1,
3013 Bern, Tel. 031 336 16 26,
sekretariat@svp-bern.ch, www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Frauenzuwachs in der Grossratsfraktion

Mit den Rochaden im Grossen Rat wächst der Frauenanteil in der Grossratsfraktion. Drei Grossräte und eine Grossrätin sind zurückgetreten, drei Frauen und ein Mann rücken in den Grossen Rat nach, macht ein Plus von zwei Frauen! An dieser Stelle sei auch von Seiten der SVP Frauen Grossrätin Sabina Geissbühler herzlich für ihr grosses Engagement und ihre unermüdliche Arbeit gedankt!

Die SVP Frauen haben den frisch gebackenen Grossrätinnen einmal etwas andere Fragen gestellt, aber lesen Sie selbst:

Katja Riem

1. Wovon bräuchte die Welt mehr und wovon weniger?
Es wäre schön, wenn es auf der Welt weniger Bürokratie gäbe und mehr genüssliche Weintrinker!

2. Was war «die längste Minute», die du je überstehen musstest?
Die längste Minute, die ich je überstehen musste, war eine der letzten Minuten vor der Abgabe meiner Bachelorarbeit.

3. Welchen Ort sollte deiner Meinung nach jeder vor seinem Tod unbedingt besucht / gesehen haben und weshalb?
Den Leitere-Pass zwischen Gantrisch und Nünene kann ich für den Sonnenaufgang sehr empfehlen!

Franziska Fuss

1. Wovon bräuchte die Welt mehr und wovon weniger?
Mehr: Gesunder Menschenverstand!
Weniger: Bürokratie

2. Was war «die längste Minute», die du je überstehen musstest?
Ich stehe auf den Mistschaber, der Stiel knallt in mein Gesicht. Nach einem endlosen Moment erkenne ich, dass absolut nichts passiert ist.

3. Welchen Ort sollte deiner Meinung nach jeder vor seinem Tod unbedingt besucht / gesehen haben und weshalb?
Teuffenthal, die hübsche Kleinstgemeinde im Zulgtal mit durchwegs originellen Einwohnern.

Aliki Panayides

1. Wovon bräuchte die Welt mehr und wovon weniger?
Weniger Online-Sitzungen und mehr sachliche Debatten

2. Was war «die längste Minute», die du je überstehen musstest?
Die gefühlten Stunden von dem Moment an, als der Staatsschreiber ans Rednerpult trat bis zu dem Moment, in dem er endlich zu reden begann und das Resultat der Ständeratswahlen 2. Wahlgang und damit den Sieg von Werner Salzmann verkündete.

3. Welchen Ort sollte deiner Meinung nach jeder vor seinem Tod unbedingt besucht / gesehen haben und weshalb?
Das muss glaub jede/r für sich entscheiden. Ich bin dankbar, dass ich mir einem Traum verwirklichen durfte und den Drehort der Elvis-Filme auf Hawaii sehen konnte, auch wenn mir im Helikopter sterbenselend geworden ist.

Wechsel an der Spitze der SVP Kanton Bern

Nach über neun Jahren trat Ständerat **Werner Salzmann** als Präsident der Kantonalpartei zurück. In seiner Amtszeit erreichte er Entscheidendes: 2016 konnte endlich die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat wiederhergestellt werden, dies dank Werner Salzmanns unermüdlichen Bemühungen, die bürgerliche Zusammenarbeit zu verbessern. Weiter konnten die Finanzen der Kantonalpartei ins Lot gebracht und der Mitgliederschwund gestoppt werden, und schliesslich gelang es, den bürgerlichen Ständeratssitz zur SVP zurückzuholen. Das Engagement wurde an der DV von Grossrätin und Vizepräsidentin Anne Speiser in einer Laudatio gewürdigt und auch aus der Versammlung und von der Jungen SVP und den SVP Senioren durfte Werner Salzmann Dankesbezeugungen entgegennehmen.

Als Nachfolger gewählt wurde der bisherige Vizepräsident **Manfred Bühler**. Damit wird die SVP erstmals in ihrer 100-jährigen Geschichte von einem Vertreter des Jura bernois präsidiert. Manfred Bühler ist Gemeindepräsident von Cortébert und führt ein Anwalts- und Notariatsbüro. In seiner Freizeit hilft er gerne seinem Bruder auf dem elterlichen Hof und widmet sich seinem sportlichen Hobby, dem Motocross. Die Mitbewerber um das Amt, die Grossräte Thomas Knutti aus Därstetten und Samuel Krähenbühl aus Unterlangenegg, freuten sich mit dem Neugewählten und sie liessen es sich nicht nehmen, mit ihm anzustossen.

Christoph Neuhaus und Pierre Alain Schnegg erneut nominiert

Die Finanzen
der Gemeinde
auf den Kopf stellen?

NEIN
am 26. September
zum kantonalen Klima-Artikel